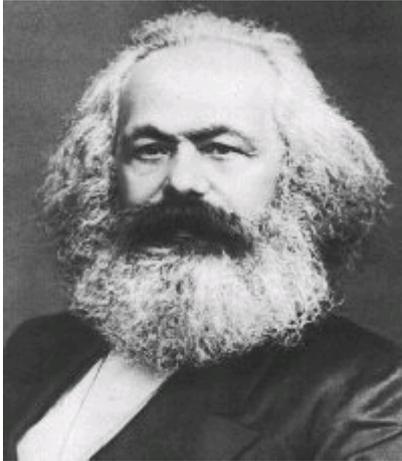


Zentralverwaltungswirtschaft



Karl Marx (1818-1883)

Die zahlreichen Probleme der freien Marktwirtschaft – vor allem die soziale Ungerechtigkeit – führten zur Suche nach Alternativen. Historisch sehr bedeutsam waren Zentralverwaltungswirtschaften, denen das Gesellschaftsmodell des Marxismus-Leninismus zugrunde lag. Bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion war diese Wirtschaftsordnung in der Sowjetunion und Ländern in ihrem Einflussbereich (z. B. DDR, Polen) verbreitet. In der Gegenwart findet sie sich nur noch in wenigen Ländern, beispielsweise in Nordkorea und Kuba.

Marktprozessen und freiem Unternehmertum wird in dieser Wirtschaftsform misstraut. Stattdessen ist das wesentliche Merkmal einer Zentralverwaltungswirtschaft ist – wie der Name schon sagt – die zentrale Verwaltung und Planung durch den Staat. Dabei legt der Staat detailliert fest, was in welchen Mengen hergestellt werden soll. Dies geschieht in so genannten Einjahresplänen, die meist in Fünfjahrespläne eingebettet sind. Ein Problem zentraler Pläne ist deren hohe Komplexität. In einer Volkswirtschaft werden viele Tausend Güter für Millionen von Menschen benötigt.

Genau zu planen, welche Güter benötigt werden ist sehr schwer bzw. unmöglich, da der Staat nicht wissen kann, in welchen Mengen sie von den Verbrauchern nachgefragt werden. Ein anderes Problem ergibt sich aus der mangelnden Flexibilität der Pläne, die im Nachhinein kaum noch geändert werden können. Somit kann auf unvorhergesehene Ereignisse nicht mehr reagiert werden. So benötigt beispielsweise ein Fahrradproduzent Reifen von anderen Betrieben. Können diese jedoch – entgegen den Planungsvorgaben – nicht geliefert werden, fällt auch die gesamte Fahrradproduktion aus.

Produktionsmittel wie Maschinen und Fabriken gehören in Zentralverwaltungswirtschaften dem Staat, der auch die Preise für die Güter festlegt. Der Betriebsleiter kann also weder über die Art und Menge noch über die Preise der herzustellenden Güter entscheiden. Er führt lediglich die Planvorgaben aus. Das Ziel eines Betriebsleiters besteht nicht im Erzielen von Gewinn – der durch sparsamen Ressourceneinsatz und der Herstellung von marktgerechten Produkten erzielt wird –, sondern in der Erfüllung der Planvorgaben.

Betriebsleitung und Mitarbeiter werden mit Orden und Prämien belohnt, wenn sie die Pläne einhalten und durch Prämienkürzungen bestraft, wenn ihnen dies nicht gelingt. Da in Plänen im Allgemeinen nur Art und Menge der Güter festgelegt sind, kann der Plan leichter erfüllt werden, wenn an der Qualität gespart wird. Soll eine Bäckerei beispielsweise 1 Million Brötchen pro Jahr backen, können sie einfach kleinere Brötchen herstellen und die Planvorgaben sind besser einzuhalten, allerdings auf Kosten der Verbraucher. Die Qualität der Produkte kann den Mitarbeitern auch deshalb gleichgültig sein, weil ihre Staatsbetriebe vor Insolvenz geschützt sind und alle Anspruch auf einen Arbeitsplatz haben. Mitarbeiter solcher Betriebe haben meist auch kein Interesse an Innovationen, da sie selbst kaum Nutzen davon haben.

Da in Zentralverwaltungswirtschaften meist an den Bedürfnissen der Menschen vorbeiproduziert wird, die Güter qualitativ minderwertig und die Herstellungsverfahren ineffizient sind, konnte sich

diese Wirtschaftsordnung nicht erfolgreich behaupten. In ihr herrscht zwar weitgehend soziale Gleichheit, aber leider auf sehr niedrigem Niveau.

Das Wirtschaftssystem der DDR: Zentrale Planwirtschaft

In einer Marktwirtschaft entscheiden Unternehmer abhängig von der Nachfrage selbstständig, welche Produkte sie in welcher Menge herstellen und anbieten. Ihre Hauptmotivation besteht darin, möglichst viel Gewinn zu erzielen. Im Gegensatz dazu wurde den Unternehmen in der DDR in Ein- und Fünfjahresplänen genau vorgeschrieben, was sie produzieren mussten. Vereinfacht dargestellt verlief die Entwicklung eines Jahresplans wie folgt: Ausgehend von den Vorgaben des Politbüros (Spitze der Partei, mächtigstes Organ der DDR) und des Ministerrats (Staatsspitze) erarbeitete die staatliche Plankommission einen relativ abstrakten Plan, in dem die Planaufgaben für die einzelnen Industrieministerien (Verwaltungsorgane von einzelnen Branchen, z.B. Lebensmittel, Energie, Chemie, Fahrzeugbau) festgelegt wurden. Die Industrieministerien konkretisierten diese Vorgaben, indem sie den ihnen zugeordneten Betrieben vorschrieben, was in welcher Menge herzustellen war. Diese Planentwürfe wurden dann den Betrieben vorgelegt und konnte von diesen kommentiert und leicht verändert werden. Auf Basis der Veränderungsvorschläge wurden von den höheren Instanzen (Industrieministerien und staatliche Plankommission) überarbeitete Pläne erstellt, die den ursprünglichen Vorgaben im Wesentlichen zu entsprechen hatten.

Ein Vorteil der zentralen Planwirtschaft besteht darin, über sämtliche Ressourcen (z.B. Arbeitskräfte, Rohstoffe) verfügen zu können. Dies ist dann günstig, wenn in einer Volkswirtschaft zahlreiche Ressourcen nicht genutzt werden. So kann die Staatsführung deren Verwendung im Rahmen der Planvorgaben anordnen. Hiermit erklärt sich auch, warum die Arbeitslosigkeit in der DDR nach Kriegsende schneller abnahm als in der Bundesrepublik. Ferner hatte die DDR zunächst höhere Wachstumsraten zu verzeichnen. Probleme ergeben sich jedoch, sobald die verfügbaren Ressourcen weitgehend genutzt werden, da sie im Vergleich zur Marktwirtschaft unproduktiv verwendet werden und nur mangelhaft zur Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung beitragen. Anders formuliert: Die Planwirtschaft eignet sich für extensives Wirtschaftswachstum (=die Mobilisierung von mehr Ressourcen), versagt aber beim intensiven Wachstum (=die Ressourcen möglichst produktiv und geschickt zu verwenden).

Ein Problem der zentralen Planung resultiert aus den unterschiedlichen Interessen der Beteiligten. Während die politische Führung viel produzieren lassen möchte, wollen die Betriebe möglichst leicht erfüllbare Planvorgaben. Um dies zu erreichen, machten die Betriebe den Industrieministerien normalerweise falsche Angaben hinsichtlich ihrer Produktionskapazität und Ressourcenausstattung. Da die Planbehörden die Betriebe nicht umfassend kontrollieren können, mussten sie deren Korrekturvorschläge an den Plänen weitgehend akzeptieren, wollten auch sie nicht die Gefahr eingehen, dass die endgültigen Pläne nicht erfüllt werden können.

Eine weitere Ursache der wirtschaftlichen Probleme der DDR war das Anreizsystem, das ganz auf die Erfüllung der Pläne ausgerichtet war. Nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung oder das Erzielen von Gewinn war wichtig, sondern den Plan zu erfüllen.

Diese starke Planorientierung der Betriebe hat sich auch sehr innovationsfeindlich ausgewirkt. Einerseits besteht beim Ausprobieren neuer Verfahren prinzipiell die Gefahr, dass diese (zumindest anfangs) nicht gut funktionieren und dadurch die Planerfüllung gefährden. Problematisch wäre aus Sicht der Betrieb jedoch auch, wenn durch Verbesserungen die Produktivität stiege, weil dann für den nächsten Plan höhere Anforderungen gestellt würden, die wiederum schwerer zu erfüllen wären.

Ein wesentliches Problem der zentralen Planung war die extreme Komplexität. Nicht nur gibt es tausende von Produkten, sondern unüberschaubar viele Verflechtungen zwischen ihnen. So werden bestimmte Vorprodukte zur Herstellung anderer Produkte benötigt. All dies derart zu planen, dass jeder Betrieb die benötigten Vorprodukte erhält, ist kaum möglich und überstieg die Informationsverarbeitungskapazität der Planbehörden bei weitem. Daraus resultierten häufige Produktionsausfälle und Unternehmen horteten Vorprodukte, was volkswirtschaftlich ineffizient ist.

Ferner waren die Pläne wegen der Überforderung der Planbehörden grob und rasterhaft. So wurde im Plan nur die herzustellende Menge, aber nicht deren genauen Gegenstand angegeben. Eine typische Vorgabe lautete beispielsweise, 1000 Tonnen Stahlprodukte herzustellen, ohne zu sagen, welche Produkte genau. Die Betriebe haben auf Basis dieser Vorgabe dann bevorzugt große, leicht zu erstellende Stahlprodukte produziert. In der Textilindustrie führte dies dazu, dass oft nur die gleichen Produkte mit identischer Farbe und Größe hergestellt wurden. Ob für diese Produkte ein Bedarf bestand, war den Beteiligten gleichgültig. Bedeutsam war nur die Erfüllung der Planvorgaben. Die Mentalität, lediglich auf die vorgegebene Menge und nicht auf die Produktqualität zu achten, wird treffend als „Tonnenideologie“ bezeichnet.

An den Bedürfnissen der Menschen wurde ferner auch deshalb vorbeiproduziert, weil die Preise in der Planwirtschaft vorgegeben waren und nicht die Nachfrage widerspiegeln. Folglich mussten die Planbehörden die Nachfrage nach einzelnen Gütern schätzen, was meist nur schlecht gelang.

Die sich aus der Planwirtschaft ergebenden Probleme wurden dadurch verschärft, dass in der DDR die meisten Unternehmen Staatseigentum waren. So konnten auch schlecht wirtschaftende Unternehmen selbst bei hohen Verlusten keine Insolvenz anmelden und bestanden immer weiter. Dies förderte sowohl die bereits erwähnte Gleichgültigkeit der Mitarbeiter als auch die Bereitschaft zur Misswirtschaft zugunsten der Planerfüllung. Ein Beispiel hierfür war die umfassende Hortung von Rohstoffen, Vorprodukten und Arbeitskräften, die dann nur mit verhältnismäßig niedriger Produktivität eingesetzt wurden und an anderer Stelle fehlten.